

**Die Jugend zeigt den Weg:**

# Für einen deutschlandweiten Streiktag gegen Krieg und Kürzung!

ohne Zwangsdienste  
WEHRPFLICHT



Unter anderem in dieser Ausgabe:

- ➔ Deutschland 2026: Angriffe auf die Arbeiterklasse, Widerstand der Jugend
- ➔ Irankrieg: Trump und Netanjahu scheitern militärisch und politisch
- ➔ Die Wehrpflicht ist kein Generationenkonflikt!



# Deutschland 2026: Angriffe auf die Arbeiterklasse, Widerstand der Jugend

## *Exekutivkomitee Offensiv*

Die Bundesregierung steht der tiefen kapitalistischen Krise und der immer weiteren Verschärfung der zwischen-imperialistischen Spannungen zwischen den USA und China gegenüber, die – trotz des jetzigen Waffenstillstandes – einen neuen Höhepunkt im Irankrieg gefunden haben. Die herrschende Klasse wird zweifellos nur den Ausweg eines weiteren Klassenkampfes von oben kennen, im Versuch, die Kosten der Krise auf unsere Schultern abzuwälzen. Das heißt weitere Kürzungen und Gegenreformen, die sich in den langen Katalog aus Angriffen einreihen werden, die die Regierung Merz in ihrem einjährigen Bestehen schon zu verzeichnen hat.

Diese Regierung für die Reichen kennzeichnen nicht nur ihre historischen Angriffe auf das Sozialsystem und unsere Arbeitsbedingungen, sei es durch die „Reform“ des Bürgergeldes, das Gerede über die Lockerung von Arbeitszeitregelungen, den widerlichen Sozialchauvinismus von Merz selbst oder die Wiedereinführung der Wehrpflicht.

Es ist auch eine Regierung, die die imperialistische Verwüstung der Ukraine weiter vorantreibt und die durch ihr kriminelles Schweigen den Krieg gegen den Iran mit unterstützt. Jetzt kündigt Merz sogar an, sich nach einem „internationalen Mandat“ an der „Sicherung der Straße von

Hormus“ beteiligen zu wollen! Ohne diese Regierung wäre auch der Völkermord in Gaza nicht möglich. Deutschland ist getreuer Handlanger der Regierung Netanjahu wenn es darum geht, antizionistische Stimmen im Inland zu verfolgen und dem zionistischen Terror diplomatische Rückendeckung zu geben.

Während Deutschland unter Merz zum viertgrößten Waffenexporteur der Welt aufgestiegen ist, hat die Jugend eine klare Antwort auf seine imperialistische Agenda gefunden: Die Schulstreiks gegen die Wehrpflicht zeigen den Weg vorwärts für die gesamte Arbeiterklasse. Wir müssen sie ausweiten und mit einer Bewegung gegen Sozialkürzungen und gegen weitere Verschlechterung der Arbeitsbedingungen verbinden, für einen deutschlandweiten Streiktag gegen Krieg und Kürzung!

**Weitere Angriffe auf unsere Lebens- und Arbeitsbedingungen werden folgen, während die Aufrüstung weitergeht**

Denn auf den Herbst der Gegenreformen wird offensichtlich ein noch schlimmerer Sommer folgen. Nach Absprachen mit der SPD verspricht die CDU Änderungen bei Krankenversicherung, Rente und Pflege und wir wissen, was das bedeutet: massive Kürzungen! Schon jetzt wird verkündet, dass bis 2030 eine dreistellige „Milliardenlücke

im Haushalt geschlossen werden soll“.

Allein im Gesundheitswesen, das nach Jahren der Kürzungspolitik bereits komplett am Boden liegt, sollen 25 Milliarden Euro gespart werden, vor allem bei Krankenhäusern und im Rettungsdienst. Die Angriffe werden auch die Kranken- und Pflegeversicherungen betreffen, so soll beispielsweise kostenlose Mitversicherung von Ehepartnern abgeschafft werden.

Um das Alles in Kontext zu setzen: Die 5 % des BIP, die künftig in die Aufrüstung fließen sollen, sind etwa 250 Milliarden, also 50 % jedes jährlichen Haushalts (!), die direkt für Panzer, Raketen etc. ausgegeben werden. Dafür ist Geld da; gleichzeitig reden sie von Milliardenlücken im Sozialen.

Die herrschende Klasse kann sich nicht einfach aus den sich verschärfenden internationalen Konflikten heraushalten. Das wird den Grundstein dafür legen, dass sich militärische Aufrüstung, Sparmaßnahmen, Verschlechterung unserer Arbeitsbedingungen und die Propaganda der Herrschenden gegen die „Bedrohung von Außen“ nicht nur fortsetzen, sondern weiter intensivieren werden – egal, unter welcher Regierung.

### **Das legt den Grundstein für den weiteren Aufstieg der AfD**

Es ist genau diese Politik der Kürzungen und Konterreformen durch CDU und SPD, die den sozialen Nährboden für den weiteren Aufstieg der AfD legt. So ist sie in den Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg erneut die Partei mit dem größten Stimmenzuwachs gewesen. In Rheinland-Pfalz konnte sie ihre Stimmen mehr als verdoppeln, um 11,2 % auf 19,5 %!

Diese Partei ist keine Opposition zur herrschenden Politik, aber sie schafft es, sich als solche darzustellen. Deshalb darf die Gefahr, die von der AfD und ihrer Sozialdemagogie ausgeht, nicht unterschätzt werden.

Umso wichtiger ist eine starke linke Opposition, in Form einer linken Partei mit einem revolutionären Programm, das unmissverständlich und kompromisslos den Kampf gegen die Rechte und die Ursache hinter all diesen Entwicklungen anprangert: den Kapitalismus.

### **Die Jugend zeigt den Weg vorwärts**

Die Schulstreiks gegen die Wehrpflicht sind grandioser Ausdruck davon, dass der Aufstieg der AfD nicht das einzige Resultat der politischen Krise und gnadenlosen

Kürzungspolitik sein muss – eine neue Generation der kämpferischen Jugend betritt die politische Bühne im Kampf gegen Aufrüstung und Imperialismus.

Der Kampf gegen die Wehrpflicht zielt dabei ins Herz der imperialistischen Agenda. Das zeigt nicht zuletzt die Repression, mit der die Bundesregierung auf die Proteste reagiert hat, sei es auch nur auf das Hochhalten einfacher Schilder. Es geht nicht um einen „Generationenkonflikt“, sondern um die Vorbereitung, die Interessen des deutschen Kapitals mit der Waffe zu verteidigen – aber das sind nicht unsere Interessen! Tausende Jugendliche lernen das am eigenen Leib und machen wertvolle Erfahrungen in der direkten Aktion.

## **Offene Treffen**

Jeden ersten Dienstag im Monat. Komm vorbei!



Kulturladen St. Georg (Alexanderstraße 16)

Immer 18 Uhr

Wie wir erklärt haben: Wir müssen die Schulstreiks ausweiten und mit dem Kampf der Arbeiterklasse in den Betrieben und gegen die angekündigten Angriffe der Merz-Regierung verbinden, für einen deutschlandweiten Streiktag! Das ist möglich, genauso wie es möglich ist, das Wehrdienstgesetz mit solchen Kampfmethoden zu besiegen und die Grundfesten des Kapitalismus zu erschüttern.

### **Die Linke braucht einen radikalen Kurswechsel**

Trotz dieser Entwicklungen und der Hoffnungen, die, vor allem bei der Bundestagswahl, Tausende von Jugendlichen und Antifaschisten in die Partei Die Linke gesetzt haben, schafft diese es nicht, eine wirkliche antikapitalistische Opposition aufzubauen.

Auch hier haben die Landtagswahlen klar gezeigt: Die Linke ist deutlich hinter den Möglichkeiten geblieben, die sich ihr mit phänomenalen Umfrageergebnissen und vor allem einem Rekord an Neumitgliedern geboten haben. In beiden Wahlen ist sie an der Fünfprozenthürde gescheitert (4,4 % der Stimmen, was einem Zuwachs von nicht mal 2 % entspricht, in Baden-Württemberg sogar nur 0,8 %)!

Diese Probleme sind keine Überraschung. An konkreten aktuellen Fragen wie zum Irakkrieg bleibt die Parteiführung im besten Fall bei leeren Appellen an das Völkerrecht und

stimmt im schlechtesten Fall in den Chor der Herrschenden mit ein („Es ist richtig, dass eine Atombombe des Iran auf jeden Fall verhindert werden muss“). Aber auch generell bemüht sie sich, als linker Flügel eines „demokratischen Blocks“ gegen Rechts im Bundestag aufzutreten, und signalisiert vollends Bereitschaft, im Zweifelsfall auch Merz und Co. gegen die AfD unterstützen.

Eine „Brandmauer“ mit genau den politischen Kräften, deren arbeiterfeindliche Politik über Jahrzehnte erst den Aufstieg der AfD möglich gemacht haben und die, wie oben aufgeführt, nur Angriffe für uns übrighaben? Das ist weder eine glaubhafte Alternative zu Regierung und Kapital, noch wird es den Aufstieg der Rechten verhindern. Im Gegenteil: Diese Politik der Linke-Führung ist eine der Ursachen, die ihn ermöglichen.

### **Für eine klassenkämpferische Partei der Arbeiterklasse!**

Doch an der Parteibasis regt sich auch Widerstand gegen diese fatale Politik, sei es in wachsender Kritik an Regierungsbeiträgen, oder den antizionistischen Anträgen und Beschlüssen in vielen Landesverbänden. Das ist der richtige Weg!

Was wir brauchen, ist eine Partei mit einem revolutionären, antikapitalistischen und internationalistischen Programm, die dieses verrottete kapitalistische System hinwegfegen kann – nicht mit parlamentarischen Manövern, sondern durch die proletarische Revolution. Dafür kämpfen wir revolutionären

Kommunisten von Offensiv innerhalb und außerhalb der Linkspartei, in allen Bewegungen auf der Straße und in Kämpfen in den Betrieben.

### **Für eine klassenkämpferische Bewegung gegen Aufrüstung, Sozial- und Lohnabbau!**

Wir bekräftigen noch einmal: Die Schulstreiks gegen die Wehrpflicht zeigen den Weg vorwärts. Wir müssen sie ausweiten und mit Forderungen für die gesamte Arbeiterklasse verbinden, denn die geplanten Kürzungen und Angriffe auf unsere Arbeitsbedingungen sind untrennbar mit der Wehrpflicht verbunden.

Dazu gehören: Verstaatlichung und zivile Konversion der Rüstungsindustrie! Öffentliche und ausfinanzierte Gesundheitsversorgung statt Kriegsvorbereitungen! 30-Stunden-Woche statt 12-Stunden-Tag! Gute Bildung für alle statt Wehrpflicht!

Es braucht einen deutschlandweiten Streiktag gegen Krieg und Kürzung. Auch wenn die Gewerkschaftsführungen bisher keinen Finger dafür krumm gemacht haben (was leider nicht überraschend ist, wenn man bedenkt, dass die DGB-Führung mit der „Erhöhung der Verteidigungsfähigkeit“ und „sozialverträglicher Aufrüstung“ den Argumenten der herrschenden Klasse folgt): Es ist mehr als möglich! Dafür müssen wir uns organisieren! Dafür kämpfen wir in Schulen, Betrieben und Gewerkschaften.



Weiterlesen auf [offensiv.net](http://offensiv.net)

**Zweiter bundesweiter Schulstreik  
gegen die Wehrpflicht ist ein  
voller Erfolg: Wir müssen die  
Streiks ausweiten!**



## Veranstaltungshinweis in Hamburg



**Wir kämpfen gegen Krieg, Krise und  
Kapital... aber wofür genau eigentlich?**

## **Sozialismus - Eine kurze Einführung**

Freitag, 22. Mai 2026

18 Uhr

Centro Sociale

Sternstraße 2 (U Feldstraße)



# Streik im ÖPNV - Stillstand im Transport und in Verhandlungen?

*Johanna Bahr*

Schon seit November laufen nun die bundesweiten Tarifverhandlungen um den öffentlichen Personennahverkehr – ohne erfolgversprechende Perspektive. Schon die erste Verhandlungsrunde des HVV am 30. Januar 2026 machte deutlich, wohin die Reise gehen soll: Die Arbeitgeber legten schlicht kein Angebot vor. Ein klarer Ausdruck davon, was sie von den Beschäftigten halten, die täglich Busse und Bahnen am Laufen halten. Und auch die drei darauffolgenden Verhandlungsrunden versprachen kaum Besserung. Auch wenn es inzwischen Abschlüsse in Hessen, Berlin, Schleswig-Holstein, Sachsen und Baden-Württemberg gibt, zeigt die massive Beteiligung an den Streiks im ÖPNV die Kampfkraft der Kolleginnen und Kollegen!

## **Worum geht es bei den Streiks?**

Das Angebot der Arbeitgeber beinhaltet gerade einmal einen knappen Inflationsausgleich, berücksichtigte aber nicht die Teuerungen der letzten Monate. Außerdem ist in dieser Verhandlungsrunde nicht bloß der Lohn ein wichtiges Thema, das die Kollegen mobilisiert, sondern auch vor allem ihre Entlastung durch Verlängerung der Ruhezeiten und Verkürzung der Schicht – und Wochenarbeitszeit. Denn es geht aktuell um 100.000 Beschäftigte im Nahverkehr, in einem Feld in dem 180.000 gebraucht werden. Der Personalmangel und die hohe Fluktuation durch den Stress (Kollegen berichten davon, dass selbst für den Toilettengang

oder etwas zu Essen kaum Zeit bleibt) macht sich bei den Kollegen durch erhöhte Arbeitslast bemerkbar.

Die Konsequenzen ließen nicht lange auf sich warten: Schon nach der ersten Verhandlungsrunde wurde der erste bundesweite Streik im ÖPNV ausgerufen. Und dabei blieb es nicht, es folgten nach jeder gescheiterten Runde weitere jeweils ein bis zwei Tage andauernde Streikwellen. S-Bahnen sowie Nah- und Fernverkehr blieben zwar außen vor, da sie nicht von ver.di vertreten werden – doch die Botschaft war unüberhörbar. Ohne die Arbeit der Beschäftigten steht der Alltag still.

Währenddessen weiten sich die Arbeitskämpfe aus. Auch in Krankenhäusern wird gestreikt, teilweise parallel unter Aufrechterhaltung eines Notdienstes. Was eigentlich ein Fortschritt ist – branchenübergreifende Streiks über Regionen hinweg – wird in der öffentlichen Wahrnehmung ins Gegenteil verkehrt.

## **Medien machen Stimmung gegen die Beschäftigten**

Denn anstatt Solidarität mit den Streikenden zu zeigen, richtet sich der Frust vieler vor allem gegen verspätete oder ausfallende Züge. Besonders während des Wintereinbruchs Anfang Februar wurde der Ärger, der auch durch diverse Zeitungen und Medienhäuser geschürt wurde, laut. Doch die entscheidende Frage wird kaum gestellt: Warum muss überhaupt gestreikt werden?

Statt die Schuld berechtigterweise bei den Betrieben zu sehen, die sich weigern, ihren Angestellten im Angesicht von massiver Inflation, wachsenden Mietkosten – ganz besonders in Städten wie Hamburg – und teureren Spritpreisen einen der Inflation tatsächlich angemessenen Lohn zu zahlen, wird der Fokus auf wartende Pendler gelenkt. Statt sich über die ungünstigen Arbeitszeiten, chronischen Personalmangel und Schichtarbeit zu empören, wird sich über verspätete Bahnen beschwert.

ver.di ruft die Fahrgäste daher zurecht dazu auf, ihre Beschwerden nicht an den Streikenden auszulassen, sondern an die politisch Verantwortlichen weiterzugeben – etwa im Hamburger Rathaus. Denn dort wird letztlich entschieden, unter welchen Bedingungen der öffentliche Verkehr organisiert und finanziert wird.

### **Potenziale bleiben ungenutzt**

Trotz der Situation der Kollegen im ÖPNV hat ver.di

bisher ausschließlich kurzzeitige Streiktage angekündigt. In Hessen wurde ein Streik sogar abgesagt. Dabei bräuchten wir vielmehr koordinierte Streiks über mehrere Tage. Damit wird von ver.di nicht die gesamte Kampfkraft genutzt, obwohl immer deutlicher wird, welches Potenzial vorhanden ist. Neue Aktionen wurden landesweit angekündigt. Gleichzeitig gehen die Verhandlungen weiter, ohne dass ein Durchbruch in Sicht ist.

Wenn diese Kraft weiterentwickelt wird, wenn Streiks ausgeweitet und stärker miteinander verbunden werden, können die Forderungen tatsächlich umgesetzt werden. Die entscheidende Frage ist nicht, ob der Druck reicht – sondern wie er organisiert und eingesetzt wird.

**Volle Solidarität mit allen Streikenden! Ausweitung der Streiks durch ver.di und Vorbereitung eines unbefristeten Streiks, um die Forderungen voll durchzusetzen!**

## **Gastbeitrag: Solidarität mit Marthe Chiara Wüthrich und Co.!**

*Von Patrick, Mitglied des LAK Revolutionäre Linke*

Ein Gespenst geht um in der Partei Die Linke. Es ist das Gespenst des Antizionismus. Aktuell gibt es kein Thema, was die Partei so sehr spaltet, wie der Streit um die Haltung zu Israel, den laufenden Völkermord in Gaza und die seit Jahrzehnten stattfindende Besetzung der palästinensischen Gebiete durch faschistische Zionisten.

Während vor allem die rechtskonservativen Kräfte in Deutschland den Kampf gegen Antizionismus als Antisemitismus framen, lässt sich auch die Führungsriege der Partei nicht lumpen, wenn es darum geht, pro-palästinensische und antizionistische Stimmen mit bürokratischen Tricks zum Schweigen zu bringen. Da wäre Ramsis Kilani, der als Palästinenser direkt vom Völkermord betroffen ist. Ileen Krüger, deren jahrelange Mitgliedschaft plötzlich aus bürokratischen Gründen infrage gestellt wird, als sie einen pro-palästinensischen Antrag stellen wollte. Und auch Marthe Chiara Wüthrich, deren Mitgliedschaft direkt für zwei Jahre ausgesetzt wurde, als sie den Völkermord in Gaza in einem TikTok Video anprangerte.

Doch warum stehen die Basis der Partei und ihre Führung auf unterschiedlichen Seiten? Warum stehen so viele Berufspolitiker an der Seite Israels? Die traurige Antwort ist: Weil Deutschland aktiv von der Errichtung Groß-Israels profitiert.

Deutsches Großkapital ist tief in den Siedlerkolonialismus verwickelt. Da ist beispielsweise der größte deutsche Zeitungsverlag Axel-Springer S.E., der mutmaßlich durch eine Tochterfirma die Plattform Yad2 betreibt, welche in besetzten Gebieten im Westjordanland vom Wohnungsmarkt profitiert. Das ist nur eines von vielen Beispielen, wie deutsches Großkapital vom Zionismus profitiert. Und die Parteieliten unterwerfen sich den Kapitalinteressen und kuschen vor den Medienhäusern!

Doch es lohnt sich zu kämpfen! Wer aufmerksam hinschaut, kann sehen, dass in der Partei Die Linke das Kartenhaus langsam zusammenfällt. Ihre ausufernde innerparteiliche Repressionen gegen pro-palästinensische Stimmen zeigt ihre Angst. Sie sehen sich mehr und mehr an die Wand gedrängt. Und vor allem zeigen ihre bürokratischen Methoden, dass sie ihre eigene inhaltliche Kritik selbst nicht mal mehr glauben.

Deshalb stehen wir als Genossinnen und Genossen, aktiv in der Marxistischen Organisation Offensiv, der Linken, der Linksjugend [‘solid] und dem Landesarbeitskreis Revolutionäre Linke, solidarisch mit allen, die Zielscheibe dieser Bürokraten geworden sind. Wir solidarisieren uns mit Ramsis Kilani, mit Ileen Krüger, mit Marthe Chiara Wüthrich und mit allen anderen, die zu Unrecht aus der Partei ausgeschlossen werden. Free Palestine!

# Wir sterben nicht für eure Kriege!

*Rouven Janssen*

Spätestens seit der Wiederwahl von Donald Trump 2024 ist das Thema Wehrpflicht wieder zentral für die Spitze der deutschen Politik. Aber wieso ist das so und was hat die breite Masse an Arbeiterinnen und Arbeitern davon zu erwarten?

Deutschland hat sich seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs militärisch weitgehend auf die USA verlassen, um seine Interessen durchzusetzen. Spätestens seit dem Krieg in der Ukraine sowie der zweiten Amtszeit von Donald Trump und dessen Aussagen zur NATO – in denen er forderte, dass Staaten wie Deutschland künftig 5 % ihres BIPs in Rüstung investieren sollen – wird verstärkt darüber nachgedacht, wie Deutschland militärisch aufrüsten und sich unabhängiger von den USA machen kann. Ganz im Licht dieser Überlegungen steht auch die Wehrpflicht.

In der deutschen Medienlandschaft wird man dieser Tage übersättigt mit Beiträgen, in welchen uns die Notwendigkeit für die Wehrpflicht als Garant für unser aller Wohl erklärt werden soll. Aber es regt sich Protest, gerade in der Jugend, welche sich deutschlandweit zusammenschließt, um gegen die Wehrpflicht zu kämpfen, unter der Parole: Wir sterben nicht für eure Kriege.

## **Wem dient die Wehrpflicht?**

Wir müssen uns fragen, wem die Wehrpflicht nützt und warum Medien und Politik so erpicht darauf sind, uns einzuschärfen, warum wir sie brauchen. Ihre Erzählung ist klar: Russland bedroht Deutschland und die Interessen des deutschen Staates und auf die USA können wir uns nicht mehr wie in der Vergangenheit verlassen. Das gibt uns Antwort auf unsere Frage.

Die Wehrpflicht dient dem deutschen Staat und seiner herrschenden Klasse. Dieser hat tatsächlich ein Interesse daran, sich hochzurüsten, um seine Interessen selbständig, wenn notwendig auch militärisch, zu verteidigen. Doch ist das im Interesse der breiten Masse der Bevölkerung in Deutschland? Sicher nicht! Während wir ein Aufrüstungspaket nach dem Nächsten sehen, stehen unsere erkämpften Rechte wie Arbeitszeitgesetz, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall etc. in Frage. Bei den gesetzlichen



Krankenkassen soll massiv gekürzt werden, sowie in fast jedem Bereich unseres täglichen Lebens.

Der deutsche Staat ist nicht einfach die Interessenvertretung seiner Bevölkerung, sondern Machtmonopol zur Durchsetzung der kapitalistischen Ordnung und Vertreter der deutschen Kapitalisten als Herrscher eben dieser Ordnung. Und für diesen Staat, der nicht der Staat der breiten Masse der Bevölkerung ist, sondern nur der einer kleinen Minderheit, sollen wir sterben!

## **Für uns ist die Sache klar: Wir haben an diesem Staat nichts, wofür es sich zu sterben lohnt!**

Bei dieser Debatte geht es nicht um einen Kampf Jung gegen Alt, wie es uns immer wieder vermittelt wird, sondern um die Frage, ob die Arbeiter sich für die Interessen der Reichen im nächsten großen Krieg gegenseitig abschlachten oder, ob sie dagegen kämpfen. Deswegen ist es von größter Dringlichkeit, dass weiter gestreikt wird: An den Schulen und Universitäten, aber auch darüber hinaus in den Betrieben, denn für uns gibt es in diesem Krieg nichts zu gewinnen.

Wir müssen uns weiter organisieren, um eine echte Gegenmacht aufzubauen, um die Aufrüstung und den darauffolgenden Krieg zu verhindern. Das ist die einzige Antwort auf die Gefahr, die uns droht. Die Alternative ist zu sterben in einem Krieg, bei dem es nur um die Interessen unserer Unterdrückten geht. Das kann für keinen von uns eine akzeptable Alternative sein.

öffentlich, den Libanon in die Einstellung der Feindseligkeiten und in die Verhandlungen einzubeziehen. Trump zwang Netanjahu zu einem Treffen mit der libanesischen Regierung, während er ihn aufforderte, die Angriffe „etwas zurückzufahren“ und sie „diskreter“ durchzuführen. Der Iran hat jedoch betont, dass die Straße von Hormus geschlossen bleiben werde, sollten diese Angriffe auf seinem Territorium oder im Libanon fortgesetzt werden.

Diese ganze Abfolge von Ereignissen zeigt die enormen Hindernisse für ein mögliches Friedensabkommen. Sie macht aber auch deutlich, dass sich die USA und Israel in einem Labyrinth befinden, aus dem sie keinen Ausweg finden, und dass sie sich derzeit nicht in einer guten Position befinden, um ihre Bedingungen durchzusetzen.

### **Die Lage in Israel**

Das rassistische und supremacistische Projekt eines „Groß-Israel“ wird von der gesamten israelischen Bourgeoisie unterstützt, die erhebliche Gewinne aus der Waffenproduktion, aus kriegsbezogenen Informationstechnologien und aus der brutalen Unterdrückung der palästinensischen Bevölkerung im Gazastreifen und im Westjordanland zieht.

Die zionistischen Kapitalisten hatten sich sehnlichst auf das Tourismus- und Immobiliengeschäft gefreut, das sie mit Unterstützung des US-amerikanischen und globalen Kapitals für Gaza und den Südlibanon geplant hatten. Doch der Krieg verzögert diese Pläne und stellt sie in Frage, was die Spannungen innerhalb der herrschenden Klasse verschärft.

Alle Umfragen deuten auf eine mögliche Niederlage Netanjahus bei den Wahlen in der zweiten Jahreshälfte hin, doch keine der bürgerlichen Oppositionsparteien kritisiert seine Regierung dafür, dass sie den Iran angegriffen und in den Libanon einmarschiert ist, sondern dafür, dass sie den „Waffenstillstand akzeptiert“, ohne „die Ziele erreicht zu haben“. Die selbsternannte zionistische Linke hingegen spiegelt zwar die Unzufriedenheit und Besorgnis angesichts der Verlängerung des Krieges wider, begleitet diese Kritik jedoch mit ständigen Lobeshymnen auf die Armee und hält an ihrer Unterstützung für die Besatzung und Groß-Israel fest.

Trotzdem und trotz der totalen Zensur von Informationen zeigen die Stagnation des Krieges und die internationale Ablehnung desselben Wirkung. Täglich schlagen Drohnen

und Raketen aus dem Iran und von der Hisbollah ein und stellen die triumphale Rhetorik der israelischen Regierung in Frage. Das Gesundheitsministerium räumt 19 Tote und 7.451 Verletzte ein, obwohl es wahrscheinlich weit mehr sind.

Das Militärbudget macht bereits fast 10 % des BIP aus, und der Völkermord in Gaza hat zwischen 2023 und 2025 80 Milliarden Dollar verschlungen, mit wöchentlichen Kosten von 600 Millionen, die durch die Offensive gegen den Iran und den Libanon auf das Doppelte gestiegen sind. Die Kürzungen im Gesundheits- und Bildungswesen sowie bei anderen Sozialausgaben zur Aufrechterhaltung des zionistischen Militarismus schüren eine wachsende soziale Unzufriedenheit.

### **Die Weltwirtschaft am Rande des Abgrunds**

Washington und Tel Aviv verfügen über die brutalste Maschinerie der Zerstörung und des Todes, die die Geschichte je gesehen hat. Das haben sie durch die Verübung eines Völkermords am palästinensischen Volk in Gaza und im Westjordanland bewiesen, der – das dürfen wir nicht vergessen – unter dem Deckmantel ihres „Friedensplans“ mit Unterstützung der internationalen Gemeinschaft und der Passivität Chinas und Russlands weitergeht.

Diese Militärmaschinerie hat in etwas mehr als einem Monat 4.500 Menschen im Iran und im Libanon getötet, Tausende verletzt und mehr als eine Million Menschen aus ihren Häusern vertrieben. Nach Angaben der US-Armee selbst haben sie allein auf iranischem Gebiet 13.000 militärische und zivile Ziele zerstört. Doch von den politischen, wirtschaftlichen und geostrategischen Zielen, die sie mit diesem Krieg verfolgten, haben sie kein einziges erreicht.

Die Weltwirtschaft wankt angesichts „des größten Risikos für die Energiesicherheit in der Geschichte“, wie der Präsident der Internationalen Energieagentur (IEA) erklärt.

Dieselben Finanzmärkte, die mit dem palästinensischen Völkermord Kasse machten und sich zu Beginn dieses Krieges angesichts der Gewinne des Militär- und Energiesektors die Hände rieben, drängen nun verzweifelt darauf, dass Trump ihm ein Ende setzt. Eine Ausweitung des Konflikts könnte sich auf die Märkte auswirken und eine Kettenreaktion auslösen, die in einer weltweiten Rezession münden würde.



### **China und Russland werden gestärkt durch den Krieg, ebenso das Regime der Ayatollahs**

Das militärische Fiasko, die geopolitische Instabilität, der Aderlass an wirtschaftlichen Ressourcen und die gesellschaftliche Ablehnung dieses Krieges haben ein großes Fragezeichen hinter die Fähigkeit der USA gesetzt, weiterhin die Rolle einer Hegemonialmacht zu spielen, die in der Lage ist, ihren Gegnern Respekt aufzwingen und ihren Verbündeten Sicherheit und Stabilität zu garantieren.

Im Gegenteil, das Regime der Ayatollahs hat – zumindest vorläufig – deutlich an Stärke gewonnen. Wie wir bereits in früheren Erklärungen dargelegt haben, handelt es sich um eine zutiefst reaktionäre theokratische Diktatur, einen erklärten Feind der Arbeiterklasse, von Frauen, Transpersonen und nationalen Minderheiten. Die Linke – und insbesondere die kommunistischen Kräfte – werden seit Jahrzehnten gnadenlos verfolgt und Demonstrationen und Bewegungen blutig niedergeschlagen.

Doch die Bomben von Trump und Netanjahu haben zu einem Zusammenhalt mit dem Regime sowie zu tiefer Empörung und Ablehnung im iranischen Volk geführt. Das ist völlig logisch. Der Versuch, die persische Zivilisation vom Erdboden zu tilgen, und die koloniale Verachtung des iranischen Nationalstolzes haben das Gefühl des aktiven Widerstands in der Bevölkerung geschürt. Ganz im Gegensatz zu dem, was innerhalb der USA geschieht.

Die iranischen Massen erkennen klar und deutlich, dass sie vom Imperialismus und vom Zionismus nur Tod, Elend und noch mehr Unterdrückung zu erwarten haben. Ihre einzige Hoffnung ist eine Revolution, die auf ihrer Selbstorganisation

und der direkten Aktion beruht, sowie ein sozialistisches Programm, das die Bourgeoisie und die militärische, bürokratische und religiöse Elite enteignet, die das Land sowie die großen Banken und Unternehmen kontrolliert.

Neben dem iranischen Regime gewinnen China und Russland an politischem und wirtschaftlichem Einfluss und werden in den kommenden Monaten und Jahren einen noch größeren Aufschwung erleben.

Moskau hat seine Einnahmen durch den Anstieg der Gas- und Ölpreise exponentiell gesteigert, während es seinen Sieg im Krieg in der Ukraine bekräftigt und seine unmittelbaren Einflussgebiete sowie weitere, als strategisch wichtig erachtete Gebiete in Afrika festigt. Die wirtschaftlichen Auswirkungen des Krieges haben in der EU die Debatte über den Kauf von Gas aus Russland und die Notwendigkeit, sich in dieser und anderen Fragen von Washington zu distanzieren, neu entfacht.

China seinerseits hat seine Position als kapitalistische Weltmacht bekräftigt. Aus wirtschaftlicher und diplomatischer Sicht präsentiert es sich als verlässlicher Partner, der Stabilität, Handelsabkommen und Investitionen anstelle von Bomben, Raketen, Zöllen und Drohungen bietet.

Doch dieser Krieg stellt auch hinsichtlich seines militärischen Potenzials einen qualitativen Sprung dar. Die wirtschaftliche und technologische Überlegenheit des von China und Russland angeführten Blocks schlägt sich auf dem Schlachtfeld nieder. Auch wenn Peking und Moskau derzeit offenbar weiterhin daraufsetzen, dass ihnen die wirtschaftliche Überlegenheit und die Erschöpfung der

USA in Kürze eine weltweite Führungsposition verschaffen werden, und sie eine direkte bewaffnete Konfrontation so weit wie möglich vermeiden, spricht ihre Unterstützung für den Iran in diesem Krieg – insbesondere in logistischer und technologischer Hinsicht sowie bei der Lieferung von Waffen – Bände.

Der Iran hat militärisch mit dem Einsatz von Drohnen und Raketen reagiert, die weitaus kostengünstiger sind und in so überwältigenden Mengen eingesetzt werden, dass sie eine schwere Krise und Zweifel in die Fähigkeit der USA und Israels ausgelöst haben, ihr Arsenal im erforderlichen Tempo wieder aufzufüllen – insbesondere bei Abfangraketen, die für ihre Verteidigungssysteme von entscheidender Bedeutung sind.

Der iranische Widerstand hat eine riesige Lücke in die Finanzen der Angreifer gerissen, die nicht in der Lage sind, Ressourcen und Nachschub aufzustocken, um kurzfristig einen günstigen Ausgang zu erzielen. Und wenn wir all diese Faktoren betrachten und die Unsicherheit einer schrecklichen Rezession hinzufügen, ist es unvermeidlich, dass sich die inneren Widersprüche und Spaltungen des US-Imperiums verschärfen.

### **Trumps größter Feind ist im Inland**

Das ist ein entscheidender Punkt, der Trump dazu gezwungen hat, einen Schritt zurückzutreten und die Verhandlungsbedingungen Teherans zu akzeptieren. Der interne Widerstand gegen den Krieg hat stark zugenommen, und die Massenmobilisierungen gegen die reaktionäre und totalitäre Agenda des Präsidenten werden immer größer.

Am 28. März haben die „No Kings“-Demonstrationen mehr als sieben Millionen Menschen in über 3.000 Städten versammelt. Dort hallten die Parolen gegen ICE, gegen die rassistische und totalitäre Politik sowie gegen den Krieg wider.

Vor diesem Hintergrund ist es offensichtlich, dass der Versuch dieser Völkermörder, im Iran, einem Land mit 92 Millionen Einwohnern, einen Völkermord wie den in Gaza auszulösen, einen Massenaufstand hervorrufen könnte. Das haben Freunde und Feinde gleichermaßen deutlich gemacht.

Der Druck seitens entscheidender Kreise der US-amerikanischen herrschenden Klasse und ihrer Verbündeten, die Verhandlungen wieder aufzunehmen und den Iran so schnell wie möglich zu verlassen, ist enorm. Doch das wird nicht einfach sein. Ein Abkommen zu den von Teheran vorgeschlagenen Bedingungen würde den US-Imperialismus bloßstellen, eine noch größere Krise innerhalb der NATO auslösen und den Weg für eine Wahlniederlage der Trump-Anhänger bei den Zwischenwahlen ebnen. Jede Lösung ist schlecht für die Interessen Washingtons.

Die Ursachen, die die militaristische und imperialistische Eskalation der USA nähren, haben ihre Wurzeln in der inneren Krise und dem Niedergang des US-Kapitalismus. Die wunderbare Massenbewegung der Jugend und der amerikanischen Arbeiterklasse sowie eine Niederlage in diesem Krieg könnten das politische Ende für Trump bedeuten, was auch einen gewaltigen Schlag gegen die extreme Rechte weltweit darstellen würde.

Es lässt sich keine endgültige Prognose darüber abgeben, was in den kommenden Wochen geschehen wird, ob sich schließlich ein Waffenstillstand durchsetzen wird. Doch eines ist unbestreitbar. Die imperialistische Aggression der USA und Israels hat erneut das Bewusstsein von Millionen Menschen weltweit erschüttert und dient als politische Schule für eine ganze Generation, die nicht bereit ist, diese Barbarei zu ertragen. Unter diesen Bedingungen werden die Ideen der sozialistischen Revolution nur noch mehr Früchte tragen.

## **ABONNIERE DIE OFFENSIV!**

Unterstütz' uns im Kampf für eine unabhängige Zeitschrift, eine kämpferische Arbeiterbewegung und den Sozialismus!

**Mach mit bei Offensiv!**

✉ [mail@offensiv.net](mailto:mail@offensiv.net) |  [offensiv\\_marxisten](https://www.instagram.com/offensiv_marxisten)



# Irakkrieg: Trump und Netanjahu scheitern militärisch und politisch

## Erklärung der Internationalen Revolutionären Linken

*alle aktuellen Entwicklungen unter offensiv.net*

Nur wenige Stunden, nachdem er Millionen Menschen mit einer Drohung, wie sie seit Hitler kein imperialistischer Verbrecher mehr gewagt hatte („Heute Nacht wird eine Zivilisation untergehen“), das Blut in den Adern gefrieren ließ, hat sich Donald Trump gezwungen gesehen, einen Waffenstillstand zu erklären und Verhandlungen mit dem Iran aufzunehmen.

Was auch immer dieser Völkermörder und sein zionistischer Verbündeter sagen mögen – und unabhängig vom Ergebnis der Gespräche – lässt sich dieser Rückzieher ganz klar deuten. Das Blatt im imperialistischen Krieg, den der US-Imperialismus gemeinsam mit dem nazi-zionistischen Regime am 28. Februar entfesselt hat, hat sich gegen sie gewendet, und die Bilanz lautet vorerst: eine offensichtliche Niederlage.

### Trump und der US-Imperialismus in der Zwickmühle

Die Bedingungen, die als Ausgangspunkt für die Verhandlungen in Islamabad dienen und von Teheran gestellt wurden, zeigen zweifelsfrei, in welchem Maße die USA zurückweichen mussten. Einstellung aller Angriffe gegen den Iran; gemeinsame Kontrolle der Straße von Hormus durch den Iran und Oman (die beiden Länder, durch deren Hoheitsgewässer die Meerenge verläuft) und Zahlung einer Abgabe an Teheran durch die Ölunternehmen und Reedereien, die diese nutzen, zum Wiederaufbau der zerstörten Infrastruktur; Kriegsreparationen seitens der Angreifer; Verpflichtung dieser – bestätigt und ratifiziert durch die UNO –, dass es zu keinen neuen Angriffen kommen wird, sowie Aufhebung der Sanktionen und Beschränkungen für das iranische Uranprogramm, die vom US-Imperialismus verhängt wurden.

So sehr Trump auch versucht, die Öffnung der Meerenge als

Sieg darzustellen, glaubt ihm das niemand. Die Straße von Hormus war offen, und gerade der von ihm ausgelöste Krieg hatte zu ihrer Schließung geführt. Doch auch darüber hinaus bedeutet die derzeitige Wiederöffnung unter der eindeutigen Kontrolle des Iran nicht eine Rückkehr zur früheren Situation, sondern eine Machtdemonstration und einen Sieg für Teheran.

Die Hysterie, mit der der Waffenstillstand von Israel aufgenommen wurde, ist ein guter Indikator für das Ausmaß des Rückschlags, den sie erlitten haben. Nur wenige Stunden, nachdem Washington ihn verkündet hatte, startete Netanjahu die tödlichste Offensive gegen den Libanon seit Kriegsbeginn und tötete innerhalb weniger Minuten 303 Menschen.

Vizepräsident Vance und andere US-Vertreter unterstützten die zionistische Aggression öffentlich. Trump bezeichnete sie zynisch als „separaten Zwischenfall“ und demonstrierte damit einmal mehr seine absolute Verachtung für menschliches Leben und dass er es gewohnt ist, sein gegebenes Wort zu brechen.

Doch der Iran hat sofort reagiert: Er führte weitere Angriff auf Kuwait, die Vereinigten Arabischen Emirate und Katar aus und sperrte erneut die Straße von Hormus, wobei er deutlich machte, dass ein Waffenstillstand und Verhandlungen „unmöglich“ seien, „wenn der Libanon und die Hisbollah nicht mit einbezogen würden“.

Praktisch alle traditionellen Verbündeten der USA, angefangen bei denen im Nahen Osten bis hin zur Europäischen Union, Kanada und Japan, forderten

*Fortsetzung auf Seite 9*